Martin Junkernheinrich
Gerhard Micosatt
Dominik Frankenberg

Zur Situation der Kommunalfinanzen in Rheinland-Pfalz – Synthesepapier –

Kaiserslautern, im Januar 2018

– Ausgangslage –

1. In der Vergangenheit waren die Haushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen von zum Teil hohen Defiziten gekennzeichnet. Zwischen 1990 und 2016 betragen die Finanzierungssalden laut Rechnungshof Rheinland-Pfalz im Durchschnitt -319 Mio. Euro.¹ Das sind kumuliert 7,66 Mrd. Euro! Bis 2014 schlossen alle 24 Jahre mit einem mehr oder weniger hohen negativen Finanzierungssaldo ab. Die Bertelsmann Stiftung zählt Rheinland-Pfalz aktuell zu den kommunalfinanzpolitischen Krisenregionen in Deutschland, „denen selbst in guten wirtschaftlichen Zeiten keine Stabilisierung gelingt“ und hebt hervor, dass die „Kassenkredite weiterhin auf gefährlichem Niveau“ sind.²

2. Angesichts der anhaltenden kommunalen Haushaltsdefizite hatte deshalb der Verfassungsgerichtshof des Landes 2012 in einem Urteil die rheinland-pfälzische Landesregierung u. a. dazu aufgefordert, einen „spürbaren Beitrag

1 Vgl. RECHNUNGSHOF RHEINLAND-PFALZ (2017): Kommunalbericht 2017. Speyer, S. 12. (auch Lt-Drucksache 17/3900).

2 PRESSEMITTEILUNG der Bertelsmann Stiftung vom 09.08.2017 „Trotz guter Konjunktur hält Haushaltskrise der Kommunen in Rheinland-Pfalz an.“ O.O.

zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten“.³ Zugleich hat er aber auch die Eigenverantwortung der Kommunen für ihre Finanzen betont. In einem zweiten Urteil aus dem Jahr 2015 ergänzt der Verfassungsgerichtshof seine Leitlinien für die Finanzverantwortung des Landes gegenüber den Kommunen und relativiert die Verantwortung des Landes, wenn die Kommunen aus anderen Gründen, beispielsweise konjunkturbedingt oder durch zusätzliche Mittel des Bundes und/oder des Landes in einer verfassungsrechtlich relevanten Weise entlastet werden.⁴

3. Vor diesem Hintergrund ist die Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes im Jahr 2014 sowie die Gesamtsituation der Kommunen unter Einbeziehung aller fiskalisch relevanten Faktoren zu betrachten. Unter Berücksichtigung der kommunalen Eigenverantwortung bleibt dann zu klären, ob der Beitrag des Landes ausreicht, um – jenseits der grundsätzlichen Gleichwertigkeit der Aufgaben von Land und Kommunen – die Schließung der strukturellen Finanzierungslücke der Kommunen mit zu bewirken. Dabei stehen vier Fragen zur Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes im Zentrum des Interesses:

- Hat die Reform zu der angemahnten „spürbaren“ finanziellen Entlastung der Kommunen beigetragen?
- Ist es insbesondere zu einer Entlastung der Kommunen mit einer hohen Sozialausgabenbelastung gekommen?
- Inwieweit hat sich das Symmetrieverhältnis verändert, das mit der Reform korrigiert werden sollte?
- Und letztendlich ist in Bezug auf das kommunale Handeln zu fragen: Haben die Kommunen ihre Kräfte größtmöglich angespannt?

4. Die Reform selbst hat zwei wesentliche Elemente.⁵ Finanziell hat das Land die Finanzausgleichsmasse um 50 Mio. Euro aufgestockt. Hinsichtlich der Sozialausgaben wurde der bisherige finanzkraftabhängige Spitzausgleich der Soziallasten im Schlüsselzuweisungssystem abgeschafft. An seine Stelle trat eine finanzkraftunabhängig gezahlte Schlüsselzuweisung C, deren Verteilung sich nach den tatsächlichen Soziallasten richtete. Diese beiden Elemente sind nun in das fiskalische Gesamtgeschehen einzuordnen.

3 VERFASSUNGSGERICHTSHOF RHEINLAND-PFALZ, Urteil vom 14.02.2012 - VGH N 3/11, S. 31.

4 Vgl. VERFASSUNGSGERICHTSHOF RHEINLAND-PFALZ, Urteil v. 30. Oktober 2015 - VGH N 29/14, N 30/14 u. N 31/14, Rn. 34 f. u. 39.

5 Die Reform des LFAG war viel umfangreicher und beinhaltete zudem Übergangsregelungen. Diese werden hier aber nur insofern behandelt, als sie die beiden Kernelemente der Reform beeinflussen.

– Strukturelle Lücke und Sozialausgabenfinanzierung –

5. Die Kommunalfinanzen der rheinland-pfälzischen Kommunen haben sich in den letzten Jahren deutlich entspannt. Im Jahr 2015 wurde nach 25 Jahren erstmals wieder ein Überschuss (82,0 Mio. Euro) erwirtschaftet und im Jahr 2016 fiel der Fehlbetrag (-15,2 Mio. Euro) auch nur minimal aus. Diese positive Entwicklung kann aber kaum mit der Reform des LFAG verbunden werden:

- Die Finanzierungssalden sind durch vorgezogene Zahlungen des Landes in den Jahren 2015 und 2016 um 68 bzw. 125 Mio. Euro erhöht. Ohne diese hätte der Überschuss 2015 nur 14 Mio. Euro betragen. Das Defizit im Jahr 2016 läge bei -140 Mio. Euro.
- Ferner müssen die aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) zur Tilgung von Altlasten zugewiesenen Finanzmittel des Landes an die Kommunen von durchschnittlich 78 Mio. Euro bei einer strukturellen Betrachtung von den Finanzierungssalden abgezogen werden. Diese Finanzmittel dienen – so wichtig sie auch sind – nur temporär der Unterstützung. Sie sind also keine auf Dauer angelegte Entlastung der laufenden Aufgaben. Dieser Betrag muss von den Kommunen nach dem Auslaufen der Hilfe selbst erwirtschaftet werden. Strukturell hätte der kommunale Finanzierungssaldo damit im Jahr 2016 rund -218 Mio. Euro betragen – was gegenüber dem langjährigen Durchschnitt (-319 Mio. Euro) eine Verbesserung um lediglich 100 Mio. Euro bedeuten würde.

6. Obwohl das – unbereinigte – Haushaltsergebnis der rheinland-pfälzischen Kommunen im Jahr 2016 nahezu ausgeglichen war standen sich

- 1 154 Kommunen (47 %) mit Überschüssen von 509 Mio. Euro und
- 1 325 Gebietskörperschaften mit Verlusten von 524 Mio. Euro gegenüber, davon 113 Mio. Euro bei den kreisfreien Städten und auch 68 Mio. Euro bei den Landkreisen.⁶

Mit bereinigten Werten dürfte die Zahl der Kommunen mit Fehlbeträgen noch deutlich höher sein.

6 Vgl. RECHNUNGSHOF RHEINLAND-PFALZ (2017): Kommunalbericht 2017, a. a. O., S. 15.

7. Die Finanzkrise der rheinland-pfälzischen Kommunen ist damit nicht gelöst. Vor diesem Hintergrund hat die finanzielle Aufstockung der Finanzausgleichsmasse um effektiv 50 Mio. Euro durch die LFAG-Reform ihr Ziel nicht erreicht. Umschichtungen aus dem Landeshaushalt haben zwar die Finanzausgleichsmasse zusätzlich um 74 Mio. Euro erhöht, waren aber schon durch bestehende Aufgaben befrachtet.

8. Eine im Vergleich der Jahre 2013 zu 2016 deutliche Entlastung der Kommunen ergibt sich allerdings aus der guten konjunkturellen Entwicklung und der erhöhten Beteiligung des Bundes an den kommunalen Sozialausgaben:

- Die Kommunen selbst erzielten zwischen 2013 und 2016 ohne Hebesatzerhöhungen und ohne erhöhten Anteil des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer Steuermehreinnahmen von 365 Mio. Euro.
- Durch Hebesatzerhöhungen haben sie zusätzlich rund 86 Mio. Euro mehr Steuern eingenommen.
- Durch die regelgebundene quotale Beteiligung der Finanzausgleichsmasse an den Steuereinnahmen des Landes haben sich die Schlüsselzuweisungen konjunkturbedingt – also ohne Aufstockung – um 260 Mio. Euro erhöht. Die Konjunktur hat die Aufstockung selbst um 27 Mio. Euro ansteigen lassen.
- Die erhöhten Kostenbeteiligungen des Bundes haben die Kommunen um rund 211 Mio. Euro entlastet. Bis 2019 ist mit weiter aufwachsenden Bundesmitteln von zusätzlich rund 154 Mio. Euro zu rechnen ist.

9. Zu diesen Mehreinnahmen müssen zwei weitere, die Kommunalfinanzen entlastende Faktoren hinzugerechnet werden:

- Durch niedrigere Zinszahlungen aufgrund der europäischen Zentralbankpolitik hat sich die Ausgabenbelastung um rund 379 Mio. Euro vermindert (2016 im Vergleich zum Zinshoch 2008).
- Die Kommunen selbst haben durch eine gemessen am Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer geringe Investitionstätigkeit Ausgaben von rund 300 Mio. Euro unterlassen.

10. Die wesentlichen konsolidierungspolitisch relevanten Entlastungen sind damit – ausgenommen die unterlassene Investitionstätigkeit – als ein „windfall-

profit“ zu bezeichnen. Sie kamen ohne einnahmen- oder ausgabenpolitische Anstrengungen zustande. Im Sinne des Verfassungsgerichtsurteils von 2015 ist das aber bei der Bewertung der LFAG-Reform mit zu berücksichtigen.⁷ Allerdings ist davon auszugehen, dass ein Teil dieser Entlastungen strukturell nicht auf Dauer gesichert ist, da der sich in den Haushaltsverbesserungen niederschlagende Konjunkturreffekt noch ohne Kontraktionsphase ist und die Zinsen wieder steigen werden. Die langfristig zu geringen Investitionen sind zudem mit einem Vermögensverzehr und einer Investitions- und Instandhaltungslücke verbunden.

11. Dieser einnahmenseitigen Entwicklung ist die unvermindert hohe Dynamik im Sozialbereich gegenüberzustellen. Die schon um die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende und die Erstattungen von Sozialleistungsträgern und unterhaltspflichtigen Dritten bereinigten reinen Sozialausgaben stiegen von 2013 bis 2016 um rund 659 Mio. Euro an. Darin ist aber auch der Sondereffekt aufgrund des Flüchtlingszustroms 2015 enthalten. Die Asylbewerberleistungen nahmen brutto um 261 Mio. Euro zu, werden aber in einem hohen Maße von Bund und Land mitfinanziert.

12. Die nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen, zu der die Reform des LFAG einen wichtigen Beitrag leisten sollte, ist somit weder im Durchschnitt der Kommunen noch für die Mehrheit im Einzelnen erreicht. Dies bedeutet, dass die kommunalen Haushalte in Rheinland-Pfalz trotz der außerordentlich guten Rahmenbedingungen strukturell nicht ausgeglichen sind, sondern der jahresbezogene Haushaltsausgleich nur bei mittelfristig nicht gesicherten Minderausgaben bei den Investitionen und Zinsen möglich war. Es sind somit noch erhebliche Maßnahmen des Landes erforderlich, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen aufzulösen. Dabei sei an den Hinweis des Verfassungsgerichts erinnert, dass dies auch durch Maßnahmen auf der Ausgabenseite erfolgen kann.

– Sozialausgaben und räumliche Ungleichgewichte –

13. In räumlicher Hinsicht hat die LFAG-Reform mit dem neuen, finanzkraftunabhängig gezahlten Soziallastenausgleich insbesondere jene kreisfreien

⁷ VERFASSUNGSGERICHTSHOF RHEINLAND-PFALZ, Urteil vom 30.10.2015 - 29/14, N 30/14 u. N 31/14, Ziff. 34.

Städte und Landkreise begünstigt, die zuvor keinen Soziallastenansatz zuerkannt bekommen hatten bzw. abundant waren und damit überhaupt keine Schlüsselzuweisungen bekommen hatten. Insofern floss die Aufstockung der Finanzausgleichsmasse zunächst diesen, zuvor nicht begünstigten Kommunen zu. Entsprechend fiel der Schlüsselmassenzuwachs für jene Kommunen weniger stark aus, die vorher vom Spitzausgleich der Soziallasten begünstigt waren. Die Belastung der allgemeinen Deckungsmittel mit Sozialausgaben blieb vor allem in den kreisfreien Städten Pirmasens, Zweibrücken und Trier unverändert hoch. Auch unter den Landkreisen verblieben erhebliche Spreizungen der Sozialausgabenbelastung. Dabei sind die Landkreise mit steuerschwachen Ortsgemeinden besonders negativ betroffen.

14. Die Defizite bestehen folglich vor allem in den kreisfreien Städten fort und insbesondere dort, wo die Zuweisungen aus der neuen Schlüsselzuweisung C den Wegfall des vorherigen Soziallastenspitzausgleichs nicht kompensieren. Insofern hat die Reform des LAFG ihr horizontales Ausgleichziel nur eingeschränkt erreicht. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass die betroffenen Kommunen durch die hohen Liquiditätskredite zusätzlich auch durch hohe Zinsausgaben belastet sind.

15. Mit dem Erreichen des Haushaltsausgleichs sind allerdings die Altschulden noch nicht getilgt. Obwohl seit dem Jahr 2012 mit dem „Kommunalen Entschuldungsfonds“ (KEF) die Tilgung der Liquiditätskredite begonnen wurde, hat sich netto bisher nur eine Reduzierung des Zuwachses eingestellt. Der Landesanteil an diesem Fonds in Höhe von 78 Mio. Euro vermindert derzeit nur den Neubedarf an Krediten. Die kommunalen Beiträge von ebenfalls jeweils 78 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und der eigenen Haushaltskonsolidierung sind ebenfalls noch nicht wirksam in eine effektive Tilgung eingeflossen. Sofern die kommunalen Haushalte – unter Einbeziehung der Landesmittel aus dem kommunalen Entschuldungsfonds – ausgeglichen sind, müssten also von den Kommunen noch Überschüsse in Höhe von drei mal 78 Mio. Euro gleich 234 Mio. Euro erwirtschaftet werden, um entsprechend dem Plan des kommunalen Entschuldungsfonds die Tilgung der Liquiditätskredite in die Wege zu leiten bzw. voranzutreiben. Diese Überschüsse sind derzeit nicht erkennbar.

16. Abschließend ist hier ein Querbezug zur vertikalen Symmetriebetrachtung zwischen Land und Kommunen notwendig, der zweiten Argumentationschiene bei der Betrachtung der vertikalen Finanzbeziehung zwischen beiden.

Die strukturell verbesserte Einnahmensituation der Kommunen aus den Bundeshilfen und auch die hebesatzbedingt höheren Realsteuereinnahmen bleiben nicht ohne Folgen für die Verteilungssymmetrie. In dem Maße, wie die Kommunen im Vergleich zum Land ihre Einnahmenposition relativ verbessern, verändert sich der Symmetriekoeffizient. Würde daraus eine verminderte Zahllast des Landes an die Kommunen oder gar eine Zahlungslast der Kommunen zu Gunsten des Landes entspringen, müssten die Kommunen theoretisch Finanzmittel an das Land abtreten. Die Symmetriebetrachtung ist hier blind gegenüber den strukturellen Folgewirkungen im Kommunalfinanzsystem. Die Beseitigung der kommunalen Unterfinanzierung im Kontext der Verteilungssymmetrie kann also mit kontraproduktiven Nebeneffekten verbunden sein: Zwei Schritte vor und einer zurück.

– Kommune Eigenanstrengung: Realsteuerhebesätze –

17. Von den Kommunen fordert der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz „ihre Kräfte größtmöglich anzuspannen“. Dies gebieten auch die Verpflichtung zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung und die aus der kommunalen Selbstverwaltung resultierende Eigenverantwortung. In diesem Kontext haben die rheinland-pfälzischen Kommunen ihre Steuerautonomie genutzt, um durch Anhebung der Realsteuerhebesätze seit 2013 zusätzliche Steuermehreinnahmen in Höhe von 86 Mio. Euro zu generieren. Dabei begrenzen unterdurchschnittliche Steuerbemessungsgrundlagen den zusätzlichen Steuermehrertrag.

18. Die zu Konsolidierungszwecken notwendige zusätzliche Anspannung der Realsteuerhebesätze ist allerdings abzuwägen gegenüber negativen Folgewirkungen im Wettbewerb der Kommunen um Unternehmen und Einwohner. Kurzfristig und temporär können sich hier Finanzmittel erzielen lassen. Ein Dauerzustand überdurchschnittlicher Hebesätze bedeutet aber eine Verringerung der Standortqualität. Gerade Kommunen im Strukturwandel befinden sich hier in einer Zwickmühle. In der Grenzlage zu Nordrhein-Westfalen – einem Hochsteuerland – bestehen andere Möglichkeiten aber auch Optionen als im Grenzbe- reich zu Baden-Württemberg. Insofern verbietet es sich, pauschal eine Anhe-

bung der Realsteuerhebesätze auf ein bundesdurchschnittliches Niveau zu fordern. Forderungen sind allenfalls an Ortsgrößenklassen und Gemeindetypen zu binden.

19. Das Konsolidierungspotenzial – das Land sieht hier zusätzlich rund 100 Mio. Euro – wird dabei auch überschätzt, weil hier auch Mehreinnahmen von Kommunen eingerechnet sind, die keine konsolidierungsbedingten Steuermehereinnahmen benötigen (z.B. Ingelheim). Sie dürfen ihre Hebesätze zudem nicht erhöhen, wenn die Einnahmen zur Finanzierung der Aufgaben ausreichen. Sofern Kommunen an Tropf einzelner großer Gewerbesteuerzahler hängen, könnte dieser zudem seine Steuergestaltungsmöglichkeiten stärker ausschöpfen, was – auch ohne Standortwechsel – den Steuerertrag mindern würde.

20. Die am kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmenden Kommunen haben ohnehin ihre Realsteuerhebesätze auf das geforderte Niveau angehoben, so dass hier keine weiteren Potenziale zu heben sind. Somit bleiben Restbeträge an Konsolidierungspotenzialen übrig, die stark konzentriert sind auf wenige Kommunen, insbesondere wenige kreisfreie Städte und die Grundsteuer B.

– Vertikale Verteilungssymmetrie –

21. Der Symmetriegedanke im kommunalen Finanzausgleich ist vom Grundsatz her eine statische Betrachtungsweise. Abweichungen des Symmetriekoeffizienten von 1 signalisieren ein Anpassungserfordernis. Der Symmetriekoeffizient reagiert dabei vor allem auf die Veränderung auf der Einnahmenseite, weil diese aufgrund der konjunkturellen Wirkungen auf das Steuersystem in der Regel größeren Schwankungen unterworfen ist als die Ausgabenseite. Die Frage, ob hinter einer Abweichung von 1 Verschiebungen im Aufgabenbestand stehen, wird – zunächst – nicht gestellt. Sie ist aber zwingend erforderlich, weil sonst die „reine Mathematik“ die Finanzausgleichsleistungen auf der Basis einer sich einmal – historisch – eingespielten Relation von Ausgaben und Steuereinnahmen zwischen Land und Kommunen festschreibt. Hierbei ist noch nicht sichergestellt, dass alle öffentlichen Aufgaben auch erfüllt werden können.⁸

⁸ Vgl. auch JUNKERNHEINRICH, M./BOETTCHER, F./HOLLER, B./BRAND, S. (2012): Finanzausgleichsdotation und Sozialausgaben. Finanzwissenschaftliches Gutachten der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH zur Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg – Vertikale Verteilungseffekte und Soziallasten – im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg. Bottrop, S. 37.

22. Bei der Berechnung kann zwischen zwei Varianten unterschieden werden. Die eine von SCHERF bevorzugte Methode inkludiert den Schuldendienst und damit die kreditfinanzierten Ausgaben der Vergangenheit. Angesichts der leichteren Zugriffsmöglichkeit der Länder auf die Kreditfinanzierung bzw. der höheren Länderschulden führt diese Vorgehensweise zu systematisch höheren Symmetriekoeffizienten. Mit anderen Worten: Die fiskalischen Altlasten der Länder würden über den Symmetriegedanken von den Kommunen mitgetragen. Die andere – hier zugrunde gelegte – Methode zielt auf die in den relevanten Jahren getätigten unmittelbaren Ausgaben von Land und Kommunen ohne in anderen Perioden verursachten Zinsausgaben ab. Hier steht also die Aufgabenerfüllung im Mittelpunkt. Über diese unterschiedlichen Vorgehensweisen ist zwischen Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz fachlich-methodisch und finanzpolitisch zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund sind folgende Analyseergebnisse festzuhalten:

- In der Mehrzahl der Jahre von 2001-2016 fällt der Symmetriekoeffizient für die rheinland-pfälzischer Kommunen ungünstiger aus als dies für die westdeutschen Kommunen festzustellen ist.
- Seit 2013 ist im Durchschnitt ein Symmetriekoeffizient kleiner 1 zulasten der rheinland-pfälzischen Kommunen zu beobachten, der rechnerisch einem Ausgleichsbetrag von rund 80 Mio. Euro pro Jahr entspricht.
- Vorzeitige – und damit atypische – Buchungen (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe 78 Euro, Vorabzahlung der Integrationsmittel in Höhe von 96 Mio. Euro) – beeinflussen das Symmetrie zugunsten des Landes und lassen die kommunale „Nachforderung“ kleiner erscheinen.
- Da der Symmetriekoeffizient auszahlungsorientiert ist, zählt er auch die vom Land eigenfinanzierten Mittel für den kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RLP) zugunsten des Landes. Da diese Mittel in Höhe von 78 Mio. Euro pro Jahr aber nur temporäre Mittel zur Flankierung des kommunalen Haushaltsausgleichs- und Entschuldungsprozesses darstellen, wären sie in einer Symmetrieberechnung zu eliminieren.

23. Insgesamt ist somit eine – leicht – asymmetrische Verteilung zulasten der Kommunen zu beobachten.

– Gesamtwürdigung und ungelöste Probleme –

24. Ohne Zweifel hat sich die finanzielle Situation der Kommunen in Rheinland-Pfalz deutlich entspannt. Der rechnerisch im kameralen Buchungssystem erreichte Haushaltsausgleich (Finanzierungssaldo) weist aber mehr als nur einen Schönheitsfehler auf. So wird sich erst mit den Daten für 2017 zeigen, wie sich die den Haushaltsausgleich 2015 und 2016 ermöglichenden Vorauszahlungen des Landes an die Kommunen auswirken, wenn sie für den Haushaltsausgleich im Jahr 2017 fehlen. Die massive Entlastung der Kommunen ist im Wesentlichen konjunkturbedingt und steht somit unter dem Vorbehalt der erwartbaren Konjunkturabschwächung. Der Haushaltsausgleich wurde zudem „erkauft“ mit einer starken Investitionszurückhaltung und unter Ausnutzung der historisch niedrigen Zinsen. Steigende Zinssätzen sind deshalb ein großes Risiko für die kommunalen Haushalte.

25. Der in der Finanzrechnung erreichte Haushaltsausgleich (Finanzierungssaldo) berücksichtigt die in der eigentlich maßgeblichen Ergebnisrechnung mit erfassten nicht zahlungsrelevanten Vorgänge (z. B. Abschreibungen, Rückstellungen) nicht. Für 2016 wäre deshalb zu prüfen, ob das von 82 % der rheinland-pfälzischen Kommunen erwartete Defizit der Ergebnisrechnung von 785 Mio. Euro⁹ tatsächlich eingetreten ist bzw. wie groß der Unterschied vom Jahresergebnis der Finanzrechnung von „nur“ 15 Mio. Euro abweicht.

26. Mit dem rechnerisch ausgeglichenen Finanzierungssaldo ist erst ein Teilziel erreicht. Überschüsse, mit denen die Altschulden aus Liquiditätskrediten beglichen werden können – was dann auch die Bedeutung von Zinsänderungen verringert –, wurden nur vereinzelt erzielt. Die grundsätzliche Lösung steht – trotz des seit 2012 bestehenden „Kommunalen Entschuldungsfonds“ – also noch aus.

27. Die horizontale Umverteilung von Schlüsselzuweisungen zugunsten eines Sozillastenausgleichs hat die Persistenz der städtischen (Sozial-)Probleme noch nicht beseitigen können. Zudem hat auch die Hälfte der Ortsgemeinden noch keinen Haushaltsausgleich erreicht. Der Landesdurchschnitt ist nicht repräsentativ für die Kommunen. Vielmehr ist die kommunale Finanzsituation in Rheinland-Pfalz durch ausgeprägte Unterschiede geprägt.

⁹ Vgl. RECHNUNGSHOF RHEINLAND-PFALZ (2017): Kommunalbericht 2017, a. a. O., S. 22.

28. Rheinland-Pfalz profitiert – wie auch andere Bundesländer – von den gegenwärtig sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Daher wäre das Gemeindefinanzproblem einschließlich des Altschuldenabbaus jetzt anzugehen. Wenn die Wirtschaft wieder kontrahiert und die kommunalen Defizite erneut zunehmen, wird dazu die Kraft – sowohl auf Kommunal- wie auch auf Landesebene – fehlen.